

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



2020 war ein ganz besonderes Jahr. Seit dem Frühjahr hat uns die Corona-Pandemie fest im Griff. Manchmal wundert man sich, wie viel in dieser relativ kurzen Zeit selbstverständlich geworden ist, das wir vorher für undenk-

bar oder Stoff aus einem Horrorfilm gehalten hätten. Wir treffen kaum noch Freunde, halten Abstand zu den eigenen Familienmitgliedern, feierten selbst Weihnachten im kleinsten Kreis. Nicht nur um uns selbst zu schützen, sondern vor allem, um die Ausbreitung einer gefährlichen Viruserkrankung zu vermeiden, deren Langzeitfolgen noch vollkommen unklar sind.

Das hat jeden von uns vor große Herausforderungen gestellt, aber natürlich auch unsere Parteiarbeit. Nur wenige Treffen waren persönlich möglich, stattdessen fanden umso mehr Videokonferenzen statt. Darauf gehen wir auch in dieser Ausgabe ein. Ich bedanke mich bei allen, die in dieser Zeit den Kontakt untereinander aufrechterhalten haben, sich nach Genossinnen und Genossen erkundigt oder sogar zu Weihnachten eine kleine Aufmerksamkeit des Ortsvereins überbracht haben.

Trotz der Corona-Lage haben wir kurz vor Weihnachten Bettina Hagedorn erneut zu unserer Bundestagskandidatin gewählt. Das überzeugende Votum der Delegierten war ein Beleg für Bettinas engagierte Arbeit in der Region. Jetzt gehen

wir mit viel Motivation in das Wahljahr 2021! Noch ist weitgehend unklar, wie viel von der alten Normalität im kommenden Jahr möglich sein wird. Vieles wird nach diesem Belastungstest für unsere Gesellschaft sicherlich für immer anders sein. Ich würde mir wünschen, dass wir uns auch nach der Pandemie erinnern, wer den Laden im Zweifel am Laufen gehalten hat. Denn die gesellschaftliche Bedeutung von Pflegepersonal, Reinigungskräften oder auch Beschäftigten im Einzelhandel steht oft in keinem Verhältnis zur Gehaltsabrechnung.

Ich wünsche euch und euren Familien im Namen des Kreisvorstandes einen guten Start in das neue Jahr. Wir freuen uns schon jetzt, euch bald auch wieder persönlich zu treffen.

Bis dahin: Bleibt gesund! ■

Solidarische Grüße
Ihr und euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be "Niclas Dürbrook".

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
OV-Weihnacht 2020	1
WKK in Pönitz	2
EU-Ratspräsidentschaft	3
Es leuchtet rot	3
Schotter statt Blumen?	5
Kreistags(teil)fraktion	6
Impressum	6
Tim zoomt	7
Tiere sagen Danke	8
Gustav-Heinemann-	
Bildungsstätte 2021	8

DAS WAR DIE WEIHNACHTSZEIT 2020 IM ORTSVEREIN



Es war eine etwas andere Zeit, dieser Advent 2020. Eine Zeit, in der Traditionen plötzlich gebrochen werden mussten. Das vorweihnachtliche Beisammensein im Rahmen einer Weihnachtsfeier mit Grünkohlessen, Ehrungen, Tombola und persönlichen Gesprächen war nicht mehr möglich. Was also war zu tun? Da kam die Idee zur

Verteilung kleiner Präsente an die Mitglieder des Ortsvereins gerade recht. Also wurde der übliche Weihnachtsbrief ein wenig aufgepeppt – mit Tee, Becher und Süßigkeit. Im Kreise des Vorstands ging es dann auch so schnell mit der Entscheidung, dass alle ein wenig über sich selbst staunten. Ohne die zu sonst jedem Thema beliebten langen Diskussionen (Sozis können das bekanntlich über Stun-

den) wurde das ganze schwuppdwupp wortwörtlich eingetütet. Das Budget stand, es sollte auf jeden Fall etwas aus dem örtlichen Einzelhandel sein. Was lag da näher als *Omas Bratapfeltee* für die kalte Jahreszeit? Kurze Zeit später wurden die Präsente mit Weihnachtsgrüßen des Ortsvereins und einem gemeinsamen Brief von Sandra Redmann und Bettina Hagedorn gepackt.

Die Verteilung haben dann einige der Vorständler*innen übernommen. Eine Erfahrung dabei kam etwas unerwartet: Verteile nie, wenn es schon dunkel ist. Hausnummern gehören sehr oft ins Reich des Mystischen. Sie sind zwar da, aber verstecken sich hinter Büschen und ich bin mir sicher, dass die eine oder andere sich klammheimlich einen Spaß daraus gemacht hat, nicht auf Anhieb gefunden zu werden. Aber am Ende war dann doch alles verteilt. Die freudig überraschten Gesichter der Mitglieder waren es auf jeden Fall wert. ■

Hansjörg Thelen
OV Bad Schwartau

BETTINA HAGEDORN IST UNSERE BUNDESTAGSKANDIDATIN

Bei der Wahlkreis Konferenz am 12. Dezember 2020 haben die Delegierten aus dem Wahlkreis 9 (Ostholstein/Stormarn-Nord) unsere Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn einstimmig bei zwei Enthaltungen zur Kandidatin der SPD für die Wahl im September 2021 gewählt.

SECHSTE KANDIDATUR FÜR DEN BUNDESTAG

Bettina erhielt 59 von 61 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Zuvor hatte sie den Delegierten in ihrer Bewerbungsrede berichtet, welche Themen in den kommenden Jahren für sie im Mittelpunkt stehen sollen. In der anschließenden Aussprache dankten eine Reihe von Mitgliedern Bettina Hagedorn für ihre engagierte Arbeit und den Einsatz für die Region. Bettina ist seit 2002 Mitglied des Bundestages und seit 2018 zudem parlamentarische Staatssekretärin von Olaf Scholz. Bei der kommenden Wahl kandidiert sie bereits zum sechsten Mal für den Deutschen Bundestag. Bettina nutzte die Gelegenheit auch, um die Mitglieder auf den Wahlkampf 2021 einzustimmen. Bereits in der Vergangenheit habe man auf Großveranstaltungen verzichtet und stattdessen den Kontakt vor Ort gesucht. Das passe auch zur Situation im kommenden Jahr.

STRENGE HYGIENEAUFLAGEN UND -REGELN

Der Kreisvorstand hatte sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, trotz der Corona-Lage zur Wahlkreis Konferenz einzuladen. Am Ende entschieden wir uns aus mehreren Gründen dafür, die Veranstaltung stattfinden zu lassen. Zum einen scheint die Bundestagswahl im September 2021 zwar noch weit entfernt zu sein, durch Fristen und notwendige Vorbereitungen wird das Zeitfenster jedoch schnell klein. Sicherzustellen, dass bei Wahlen Auswahl besteht, ist aber eine der wichtigsten Aufgaben von politischen Parteien. Zudem war im Dezember keine Abschätzung möglich, wie sich die Infektionslage im neuen Jahr entwickeln würde. Nicht zuletzt waren wir überzeugt, mit einem ausgefeilten Hygienekonzept in der großen Pönitzer Sporthalle eine für alle Delegierten sichere Veranstaltung durchführen zu können.

GUTE VORBEREITUNG, PROFESSIONELLE LEITUNG

Dank einer professionellen Vorbereitung durch Joerg Schimeck aus der Kreisgeschäftsstelle, der Unterstützung durch Bettinas Team und disziplinierter Delegierter war die Umsetzung des Hygienekonzepts tatsächlich kein Problem. Die Anwesenden trugen durchgängig Masken der hohen Schutzstufe FFP2. Ein Einbahnstraßensystem und weit auseinanderstehende Stühle sicherten den nötigen Abstand. Anastasia Brack (Pönitz) sorgte als Hygienebeauftragte für die Einhaltung der Regeln. Und dank der guten Leitung durch das Tagungspräsidium unter Vorsitz von Julia Samtleben (Stockelsdorf) und Jürgen Brede (Scharbeutz) konnte die Veranstaltung in weniger als zwei Stunden beendet werden. ■

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender



11.11 Uhr, Niclas eröffnet, anschließend hält Bettina ihre Rede.



Zwischen den Rednerinnen während der Aussprache des infiziert Anastasia. Um 12.03 Uhr wird das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben – Standing Ovationen für Bettina,



... die angesichts des einstimmigen Votums sehr gerührt war.

DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2020

Anfang Juli 2020 übernahm Deutschland, erstmals wieder seit 2007, in einem Schicksalsjahr für Europa die EU-Ratspräsidentschaft. Schon seit Langem war klar, dass in diese Zeit wichtige Weichenstellungen für die Zukunft Europas fallen würden.

EIN NEUER MITTELFRISTIGER FINANZPLAN MUSSTE BESCHLOSSEN WERDEN

Am 31. Dezember 2020 lief der aktuelle Mittelfristige EU-Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) aus und musste durch einen neuen MFR 2021-2027 ersetzt werden. Strittig war nicht nur das Volumen, das die Mitgliedstaaten einstimmig beschließen müssen, sondern ebenso wurde darum gerungen, wer wie viel und vor allem wofür zahlt bzw. künftig an EU-Mitteln zu welchen Bedingungen erhält. Alle wussten, dass diese Verhandlungen die schwierigsten in der Geschichte der EU werden, weil nationale Egoismen und der Populismus in den letzten Jahren enorm angewachsen sind.

DIE CORONA-PANDEMIE

Das ist eine zusätzliche Herausforderung für den Zusammenhalt und die Solidarität in Europa. Es war darum ein Zeichen der Hoffnung, dass Olaf Scholz mit den Finanzministern bereits im März als erste Antwort auf die Corona-Pandemie und ihre Bedrohung für Europas Wirtschaft einen 540 Mrd. €-Fonds aus Liquiditätshilfen durchsetzte, in dem auch 100 Mrd. € für das Projekt SURE steckten, womit quasi in allen Staaten Europas (als Darlehen) eine Art Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise zur sozialen Absicherung der Beschäftigten finanziert werden konnte. Dieser Vorschlag war als „EU-Arbeitslosenrückversicherung“ von Olaf Scholz schon 2018 für den Fall einer künftigen Krise entwickelt und damals noch von CDU/CSU in Bausch und Bogen abgelehnt worden – jetzt hat das Programm SURE 2020 in Europa positiv gewirkt.

Im April verkündete Bundeskanzlerin Merkel mit Präsident Macron den Vorschlag eines Recovery-Fonds, der unsere deutschen Konjunkturpakete zum Vorbild hat. Nach zähem Ringen haben sich die 27 Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel am 21. Juli auf das größte Haushalts- und Finanzpaket der EU-Geschichte geeinigt. Zusammen umfasst das Paket 1,8 Bio. € – davon 750 Mrd. € für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm als Zuschüsse und Darlehen gegen die Folgen der Pandemie. Hiermit will sich die EU gegen den Wirtschaftseinbruch stemmen und den Binnenmarkt zusammenhalten. Gleichzeitig soll nachhaltig mit den Schwerpunkten Klimaschutz und Digitalisierung in den Umbau der Wirtschaft investiert werden.

DER HAUSHALTSENTWURF

Erst danach konnte ab September ein EU-Haushaltsentwurf 2021 als Vorschlag zwischen EU-Parlament, Kommission und europäischem Rat verhandelt werden, wofür ich für die Bundesregierung verantwortlich bin.

Bei den Debatten des EU-Parlaments im Herbst ging es nicht nur um strengere Klimastandards und Bildungs-, Forschungs- und Innovationsinvestitionen, sondern vor allem um den soge-

nannten Rechtsstaatsmechanismus zur Koppelung der Auszahlung von EU-Geldern an die Rechtsstaatlichkeit insbesondere mit Blick auf Polen und Ungarn, gegen die beide aktuell Verfahren wegen Verletzung von EU-Grundwerten, nämlich die fehlende Unabhängigkeit ihrer Justiz sowie mangelnde Presse- und Meinungsfreiheit, laufen. Bis zum 10. Dezember blockierten Polen und Ungarn deswegen das Inkrafttreten des kompletten EU-Finanzpaketes und versuchten, die gesamte EU-Finanzierung in Geiselschaft für ihren nationalistischen Kurs zu nehmen. Europa ist hart geblieben und hat sich nicht erpressen lassen. Polen und Ungarn haben mit einem Formelkompromiss ihr Veto aufgegeben, weil sie ja selbst auf EU-Mittel für 2021 warten und am Ast sägen, auf dem sie selbst sitzen. Mit der Einigung zum EU-Haushalt 2021, dem EU-Finanzrahmen bis 2027 und dem Recovery-Fonds von 750 Mrd. € ist der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein riesiger Erfolg mit Signal-Wirkung in schwierigster Zeit gelungen, an dem Finanzminister Olaf Scholz einen gewaltigen – und europaweit anerkannten – Anteil hat.

Jetzt kann es in allen europäischen Staaten gelingen, die Folgen der Corona-Pandemie zum Wohle der Menschen abzufedern. 2020 lag eine große Verantwortung für Europa auf uns. Als Sozialdemokraten haben wir 2018 im Koalitionsvertrag der GroKo im ersten Kapitel ehrgeizige Inhalte für die Zukunft Europas durchgesetzt – 2020 war die Bewährungsprobe. Ich bin sicher, dass wir sie bestanden haben. ■

Bettina Hagedorn, MdB

ALLES ABGESAGT DIE VERANSTALTUNGSBRANCHE (BE)LEUCHTET ROT

Die Veranstaltungsbranche mit über 100.000 Betrieben bzw. Solo-Selbstständigen ist seit März mit ca. 1,3 Millionen Beschäftigten im Stillstand und als eine der umsatzstärksten Branchen unserer Wirtschaft seit neun Monaten quasi von einem Veranstaltungsverbot betroffen – fast nirgendwo leiden Beschäftigte und Solo-Selbstständige mit ihrer kompletten Existenz in der Corona-Pandemie so sehr wie in diesem Bereich. Ob Eutiner Festspiele oder Schlagernacht, ob Kieler Woche oder Konzert-Tournee, ob Buchmesse, Hochzeitsparty mit DJ-Musik und Tanz oder Ostsee in Flammen – alles abgesagt. Das trifft nicht nur viele Künstler, sondern insbesondere die Unternehmen, die solche Veranstaltungen mit Logistik und Dienstleistungen erst ermöglichen, Ton- und Lichttechniker, Bühnenbauer, Caterer und Ausstatter. Am 22. Juni machte diese Branche als Aktionsbündnis #AlarmstufeRot das erste Mal von sich reden, als sie 9.000 Gebäude bundesweit rot anstrahlte, u.a. das Oldenburger Rathaus, und Politiker öffentlich zum Dialog über ihre verzweifelte wirtschaftliche Lage aufforderten.





Kurz danach traf ich mich mit ca. 15 Vertretern dieser Branchen auf Initiative von Christian Hartmann (Ostsee Pyrotechnik) zu einem Gespräch in Oldenburg – mit dabei u.a. DJ Stephan Nanz und Christian Walsdorf von Opus-Showtechnik aus Kiel. Seitdem engagiere ich mich mit ganzer Kraft für diese Branche, denn auch wir als Publikum freuen uns ja 2021 irgendwann wieder auf Konzerte und fröhliche Events, die es nur geben kann, wenn diese Unternehmen und Solo-Selbstständige nicht alle in die Insolvenz gehen müssen.

Bereits am 9. September traf ich mich offiziell als Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium mit den Vertretern der #AlarmstufeRot um die bundesweit bekannte Hauptorganisatorin Sandra Beckmann zu intensiven Gesprächen und sorgte dafür, dass es am 12. Oktober in Berlin zu einem Gedankenaustausch der Aktiven mit Olaf Scholz kam, der seitdem im Finanzministerium die konkreten Hilfen für die Betroffenen konstruieren ließ.

Am 28. Oktober fand die zweite coronagerechte Großdemonstration von #AlarmstufeRot statt, zu der 5.000 Betroffene aus ganz Deutschland zum Brandenburger Tor kamen. Für Olaf Scholz und die SPD-Bundestagsfraktion sprach ich zu den Demonstranten auf der Hauptbühne, wo auch viele prominente Künstler als Unterstützer Flagge zeigten. Zeitgleich beschlossen die Ministerpräsident*innen und die Bundeskanzlerin den November-Lockdown-Light. Anfang November kam die Nagelprobe: der (eigentlich zuständige) CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier präsentierte seinen Entwurf für die Novemberhilfe, die 10 Mrd. Euro kosten sollte, aber bei dem ca. 88 % der Beschäftigten der Veranstaltungsbranche keine Unterstützung erhalten hätten. Unser Finanzministerium hat diesen Entwurf gestoppt und am 13. November gelang uns der Verhandlungsdurchbruch. Jetzt kostet die Novemberhilfe zwar ca. 14 Mrd. Euro, aber dieses Plus von 4 Mrd. Euro ist der Rettungsanker für viele, viele Menschen in dieser Branche und deshalb gut angelegtes Geld. Wir haben es geschafft, die berechtigten Vorschläge der #AlarmstufeRot nahezu 1:1 in die Novemberhilfen (und alle darauffolgenden Programme) zu integrieren. Jetzt werden bspw. nicht nur (wie bei Altmaier) Beherbergungsbetriebe,

sondern auch Veranstaltungsstätten als direkt betroffene Unternehmen automatisch antragsberechtigt sein und damit alle, die indirekt maßgeblich von deren Geschäft abhängig sind. Soloselbstständige können jetzt erstmals pauschal max. 5.000 € für den November (ohne Steuerberater) beantragen, wenn sie ihren Umsatzeinbruch gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 2019 nachweisen.

Zusätzlich wird es ab Januar eine Neustarthilfe für Soloselbstständige als Pauschale für deren Betriebskosten geben und auf Initiative von Finanzminister Olaf Scholz ab Juni 2021 einen 2,5 Mrd. Euro-Fonds, mit dem wir Künstler und Veranstalter (finanziell) ermutigen wollen, für die zweite Jahreshälfte wieder Aufführungen und Konzerte mit langer Vorlaufzeit auch dann zu planen, wenn diese wegen Corona evtl. nur mit wenig Publikum stattfinden und deshalb nicht kostendeckend sein können – es soll dafür eine Art Versicherung geben, damit die Veranstalter nicht auf ihren Vorbereitungskosten sitzen bleiben. Wir wollen hybride Kulturveranstaltungen (mit wenig Publikum und Online-Angebot) fördern und damit wieder Kunst und Kultur auch in schwieriger Zeit ermöglichen.

Spürbar ist, dass die Künstler und Kreativen sowie alle Veranstaltungsdienstleister nicht vorrangig Steuergeld für eine weitere Zwangspause wollen, sondern darauf brennen, endlich wieder arbeiten zu können – und wir als ihr Publikum wollen das ja auch, weil uns die Kultur als emotionales Erlebnis und Inspiration sosehr fehlt. Am 07. November erschien ein großes Interview in der Fachzeitschrift MusikWoche mit mir zu dem Thema. Am 3. Dezember war ich online Gast in einer Talkrunde mit der #AlarmstufeRot beim Reeperbahn-Festival und am 12. Dezember stand ich auf der Bühne der #AlarmstufeRot vor der Lübecker MUK und konnte verkünden, dass bis zum 11.12. binnen 16 Tagen 182.000 Betroffene die Novemberhilfe beantragt hatten – davon 47.000 Soloselbstständige und damit jeder vierte Antragsteller. Und bis zum 11.12. waren bereits 520 Mio. Euro als Abschläge bewilligt und überwiesen. Ich bin glücklich, dass wir als SPD hier entscheidend helfen konnten. ■

Bettina Hagedorn, MdB



NATURSCHUTZ FÄNGT VOR DER HAUSTÜR AN

Eigentlich findet sie doch jede*r schön. Die Gärten, in denen es blüht und summt, in denen man sich an Pflanzenvielfalt, und schönen Farben erfreuen kann. Aber nach wie vor entscheiden sich einige Hausbesitzer*innen für Schottergärten. Die Gründe hierfür sind u.a. angeblich geringerer Pflege- und Kostenaufwand, aber auch Geschmacksfragen.



Das ist ein Todesurteil für viele uns vertraute Arten, man kann auch sagen, in diesen Gärten lebt so gut wie nichts mehr. Uns muss bewusst sein, gerade Vorgärten, Grünflächen und Kleingärten haben eine ganz wichtige Bedeutung für das Klima und die biologische Vielfalt in der Stadt.

Wir bedauern das Insektensterben und zerstören vor unserer Haustür ihren Lebensraum. Das darf nicht sein.

In der Regel sind Schottergärten kaum bepflanzt, sie bieten weder Vögeln noch Insekten Nahrungsquellen. Die Bodenfunktion wird eingeschränkt und durch die Versiegelung wird die Grundwasserneubildung und die kühlende Verdunstung im Sommer verhindert. Durch fehlende Blätter können kleine Staubpartikel nicht mehr aus der Luft gefiltert werden. Bei starkem Regen steht das Wasser und kann durch den verdichteten Boden nicht abfließen und die Fruchtbarkeit des Bodens leidet. Der Einsatz von Gift, um jegliches Grün zu verhindern, ist leider auch keine Seltenheit.

Das kann doch eigentlich niemand wollen.



Wenn man durch ein Baugebiet mit vielen Schottergärten geht, kann man förmlich spüren, dass das nicht gut sein kann. Obwohl diese schon seit 2009 nicht zulässig sind, nehmen sie stetig zu. Nun hat das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung am 24.11.2020 mit einem Erlass reagiert.

Wurde auch Zeit! Die Beschwerden haben Wirkung gezeigt.

Das Ministerium weist auf Paragraph 8 Absatz 1 Satz 1 der Landesbauordnung hin. Danach sind die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke 1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und 2. zu begrünen oder zu bepflanzen, soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen.

Und weiter gibt es u.a. folgenden Hinweis: „... Auf den Flächen muss jedoch die Vegetation überwiegen, sodass Steinflächen aus Gründen der Gestaltung oder der leichteren Pflege



nur in geringem Maße zulässig sind. Es ist dabei unerheblich, ob Schotterflächen mit oder ohne Unterfolie ausgeführt sind. ...“

Die Gemeinden haben die Möglichkeit, die Gestaltung der Grünflächen durch die örtliche Bauvorschrift näher zu regeln. Im Bebauungsplan kann ebenso die Wahl der Gestaltungsmöglichkeiten der in Rede stehenden Fläche beschränkt werden. Für die Überwachung sind die unteren Bauaufsichtsbehörden zuständig.

Ein pflegeleichter Garten muss kein Schottergarten sein. Es gibt viele wunderbare Alternativen. Auf den Seiten des BUND für Umwelt und Naturschutz und des NABU kann man sich viele Tipps und Anregungen holen. Artenreiche Gärten, die trotzdem nicht schwer zu pflegen sind. Kleine Gärten mit großer Wirkung für unsere Kommunen. So kann jede*r etwas für den Klimaschutz und die biologische Vielfalt tun.

Im nächsten Frühjahr werde ich dazu eine Veranstaltung gemeinsam mit den Gartenfreunden durchführen. Diese haben eine sehr schöne Broschüre „Der Kleingarten lebt“ herausgebracht, in der etliche Tipps enthalten sind. Die ersten drei Interessierten, die sich bei Kirstin im Wahlkreisbüro melden, bekommen diese von uns zugeschickt. ■

Eure Sandra Redmann
MdL für den Wahlkreis Ostholstein-Süd und den Betreuungswahlkreis Ostholstein-Nord



KURZINFOS AUS DER SPD KREISTAGSFRAKTION

KREISTAGSFRAKTIONS-VORSTAND GEWÄHLT

Burkhard Klinke wurde bis zum Ende der Wahlperiode 2023 erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der Vorstand bleibt mit zwei Ausnahmen unverändert. Gabriele Freitag-Ehler wurde stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Annette Schlichter-Schenck Beisitzerin.

JETZT VIER SITZE FÜR SPD IN DEN AUSSCHÜSSEN

Dadurch, dass ein Kreistagsabgeordneter der Freien Wählergemeinschaft aus der Fraktion ausgetreten ist, änderten sich die Stärkeverhältnisse der Fraktionen im Kreistag sowie die Zusammensetzung der Ausschüsse. Die Wählergemeinschaft verlor so einen Sitz in den Ausschüssen und die SPD Fraktion hat diesen in den Ausschüssen erhalten.

FRAKTION VERGRÖßERT

Die Fraktion besteht aus 15 Kreistagsabgeordneten und seit dem 1. 12. 2020 aus neun wählbaren Bürger*innen. Sie begrüßt neu in der Fraktion zwei Jusos als wählbare*r Bürger*in, Sarah Andermann und Jesper Kolk.

DREI IMPFZENTREN IM KREIS

Im Kreis werden drei Impfzentren in Eutin, Lensahn und Bad Schwartau eingerichtet. Burkhard Klinke, SPD Fraktionsvorsitzender: „Wir sind ein langgestreckter Flächenkreis von Fehmarn bis Bad Schwartau und für mich ist es irritierend und nicht nachvollziehbar, dass bei der geografische Festlegung der Zentren der Kreisnorden mit Heiligenhafen, Oldenburg oder Fehmarn nicht berücksichtigt worden ist.“ ■

KLIMASCHUTZ IM KREISTAG MIT FRIDAYS FOR FUTURE

Am 7. Dezember trafen sich zwölf Personen, neun aus den Kreistags-Teilfraktionen Umwelt Natur, Bau und Verkehr und Planung, Wirtschaft und Tourismus, sowie drei Vertreter der Fridays for Future/Parents for Future-Initiative zu einer Videokonferenz. Sie unterhielten sich in angenehmer Atmosphäre freundlich und offen.

WIE KAM ES DAZU?

Im Umweltausschuss des Kreistags am 9. November waren die Forderungen von Fridays for Future nicht zur Sprache gekommen und tags darauf mitgeteilt worden, dass die nächste Sitzung der AG Klimaschutz abgesagt worden sei, da keine dringenden Tagesordnungspunkte anstünden.

Aus dem Brief, den die Initiative Fridays for Future daraufhin an den Kreis schickte, spricht tiefe Enttäuschung darüber, dass ihren Forderungen keine Taten folgen. Diese Enttäuschung wird allerdings nicht als solche formuliert sondern in Vorwürfen wie die Politik und Verwaltung des Kreises trage die Verantwortung für Einhaltung des Klimaabkommens, missachte die Dringlichkeit der Thematik, habe genug Hausaufgaben von Fridays bekommen und müsse der AG Klimaschutz endlich die Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zugestehen, die sie verdiene, nur so könne die Fraktion der Krise gerecht werden und demokratie-stärkend arbeiten.

Das kam bei den Menschen, die sich nach Feierabend ehrenamtlich in kommunalpolitische Themen einarbeiten und sich mit allen Bürgern und nicht nur einer Initiative auseinandersetzen, nicht gut an. In einer Zeit, die für alle sehr belastend ist,

müssen auch mal berechnigte Interessen zurückgestellt werden oder werden in Sitzungen nicht oder nicht adäquat besprochen. Wenn jeder so schnell wie möglich die Sitzung verlassen will, um das Infektionsrisiko zu minimieren, ist es für ein Thema wohl auch besser, es aufzuschieben und nicht den Eindruck zu hinterlassen, man wolle einen Antrag mal eben durchdrücken.

Einmal abgelehnt, hat er kaum eine Chance in absehbarer Zeit angenommen zu werden – es gibt Beispiele für gute Ideen, die durch repressives Verhalten der Antragsteller nicht umgesetzt werden konnten. Denn Demokratie bedeutet auch, Mehrheiten für das Anliegen zu gewinnen. Das gelingt am besten, wenn kleinteilig vorgegangen wird. Wird dann ein Teil abgelehnt, stirbt nicht gleich das ganze Thema.

Zum Erfolg führt auch die Haltung der Antragsteller*innen. Besser als Versäumnisse der anderen aufzuzählen ist, die eigene Sicht darzustellen, von den eigenen Beweggründen zu sprechen und nicht dem anderen zu sagen, was er denken, tun oder lassen soll. Gib ihm genug Gründe, warum er sich mit dir zusammen für dein Thema einsetzen soll.

DER PLAN

Die Teilnehmer*innen der Videokonferenz haben vereinbart, gemeinsam die jeweils nächsten Schritte zu planen.

Zuerst wird zur Umsetzung der Klimaschutzziele des Kreises ein Plan erarbeitet. Das Müllheizkraftwerk mit einer Effektivität von nur 31% und hohen Abwärmewerten ist vordringlich.

Desweiteren wird der immer noch ausstehende Abfallwirtschaftsbericht vom ZVO eingefordert. ■

IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6
23701 Eutin
Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender niclasduerbrook@gmx.de ■ **Redaktion** Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens ■ **Korrektur** Susanne Böttcher-Meyners ■ **Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de ■ Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion ■ Dieser Ostholsteinbrief wird klimaneutral gedruckt, die nächsten Ausgaben gibt's wieder digital. ■



WARUM ICH NIE WIEDER AUF VIDEOSCHALTEN VERZICHTEN MÖCHTE

Die vergangenen neun Monate waren großer Mist, da gibt es nicht viel drumherum zu reden. Doch das hier soll nicht der nächste Artikel werden, wie blöd Corona ist, denn das wissen wir alle. Doch die letzten Monate hatten auch so manches Gutes und da ich finde, dass wir alle in den letzten Monaten genug schlechte Nachrichten lesen mussten, möchte ich mich darauf konzentrieren.

Für mich persönlich ist einer der größten Pluspunkte, dass sich unser Parteileben verändert hat. Es hat sich verändert von einer Präsenzkultur, die sehr schön war, wenn man daran teilhaben konnte, hin zu einer Kultur, die es allen ermöglicht, an Sitzungen teilzunehmen. Versteht mich nicht falsch, auch mir fehlen persönliche Treffen, der nette Austausch mit euch allen und Sitzungen, in denen man sich persönlich ins Gesicht gucken kann. Aber hatten wir nicht alle schon mal Termine, die in den kleinsten Orten stattgefunden haben und ohne ÖPNV kaum erreichbar sind? Zu denen man eine Stunde gefahren ist, um dann doch festzustellen, dass man eigentlich nach einer halben Stunde mit der Tagesordnung durch ist? Und haben wir nicht alle schon mal festgestellt, dass wir zu wenig junge Eltern in der Partei haben, da sich Präsenztermine um 18.00 Uhr eben schlecht mit Kindererziehung vereinbaren lassen? Haben wir alle zusammen die letzten Jahre wirklich genug dafür getan, allen eine Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen, die das gewollt hätten?

In den letzten Monaten waren wir gezwungen, auf Videositzungen zu setzen und was soll ich sagen: Ich möchte das nicht mehr missen. Und ich glaube auch nicht, dass wir je wieder darauf verzichten werden. Jede*r von uns, der oder die in den vergangenen Monaten an Sitzungen per Video teilgenommen hat, wird festgestellt haben, dass diese auf Dauer keine Präsenztermine ersetzen können und das will wohl auch keiner. Sie

erfordern mehr Konzentration, ermöglichen keine netten Gespräche nebenbei und das oft schlechte Internet im Kreis macht es ohnehin komplizierter. Aber Hand aufs Herz: Mir fehlt es auch nicht, nach einer dreistündigen Sitzung noch im Dunklen bei Regen nach Hause fahren zu müssen.

Ich glaube, unserer Parteikultur würde es guttun, wenn wir auch „nach Corona“ zu einem Zusammenspiel von Präsenztreffen und digitalen Treffen kommen. Vielleicht reicht es doch auch, jedes zweite Treffen in Präsenz stattfinden zu lassen? Oder sollte es nicht in Zukunft auch möglich sein, Leute in Präsenzsitzungen zuzuschalten, sodass diese auch teilnehmen können, wenn das Kind mal krank ist oder man sich beruflich auf Geschäftsreise befindet?

Was digital alles möglich ist, haben uns die letzten Monate gezeigt. Die Jusos Schleswig-Holstein haben zum Beispiel eine ganze Landeskonferenz (quasi ein kleiner Landesparteitag) digital abgehalten. Wer mal wissen will, wie das geht, findet das Video dazu auf deren Facebook-Seite. Aber auch im Kreis haben wir gute Erfahrungen damit gemacht. Der Kreisvorstand tagt seit Monaten per Videoschalt, im Kreistag sind jetzt auch digitale Ausschusssitzungen möglich und wir haben sogar die Vorstellung von Bettina für den Bundestag dieses Mal online stattfinden lassen. Auch viele Ortsvereine haben in den letzten Monaten vernünftigerweise, soweit es ging, auf persönliche Treffen verzichtet. Diese Pandemie fordert viel von uns, aber sie fordert nicht, dass wir unser politisches Leben einstellen. Falls ihr euch also noch nicht an digitale Sitzungen getraut habt: Macht es mal, ihr werdet es sicherlich auch nie wieder ganz sein lassen wollen. ■

Tim Dürbrook
Mitgliederbeauftragter der SPD Ostholstein





5 MILLIONEN FÜR TIERHEIME VOM BUND HUND UND KATZ SAGEN DANKE

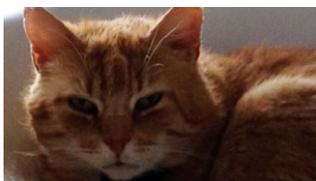
Die strukturelle Unterfinanzierung der Tierheime führte schon vor langem dazu, dass dringend notwendige Instandhaltungsarbeiten nicht durchgeführt werden konnten. Diese Situation hat sich durch Corona aber nochmal erheblich verschärft, die Vermittlungstätigkeit ist stark eingeschränkt, Einnahmen z.B. durch Veranstaltungen sind ausgefallen und Spenden bei den meisten der 550 Tierheime in Deutschland eingebrochen.

Eigentlich sind die Länder und Kommunen finanziell zuständig, der Bund leistet jetzt aber mit einmalig 5 Mio. Euro aus dem Etat von SPD Bundesumweltministerin Svenja Schulze einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Arbeitsfähigkeit in den Heimen.



Duke (Tierheim Eutin im November 2011): „Als ich ins Tierheim kam, war ich knapp zwei Jahre alt und Scheidungshund. Zusammen mit einem älteren Hund hatte ich

bei einer Familie gelebt. Als die Menschen sich getrennt haben, hat einer den alten Hund behalten, aber ich war übrig. So kam ich also ins Tierheim Eutin, dort haben sie sich wunderbar um mich gekümmert und eine neue Familie für mich gesucht. Schon nach wenigen Wochen holten mich zwei Jungs und ihre Eltern ab und seitdem lebe ich glücklich im Scharbeutzer Hinterland in einem Haus mit eigenem Garten.“



Konnie (Tierheim Lübbersdorf im Frühjahr 2012): „Ich war damals ungefähr sieben Jahre alt und ein Findelkater. Aber kaum in Quarantäne war ich auch schon online aus

dem Heim mit den sehr freundlichen Tierpfleger*innen vermittelt. Frisch geimpft (kastriert war ich, puh) kam ich als Konrad in meine neue Familie. Seither bin ich dort der Chef und mag Katzenkörbchen überhaupt nicht, aber am Abholtag sprang ich sofort hinein. Jetzt ist Bosau meine Heimat und ich bin ein rundum glücklicher Familienkater mit eigener Haustür/Katzenklappe.“

Wichtig ist jetzt, dass auch die Landesregierung in Kiel ein Herz für Tiere beweist und die Tierheime in Schleswig-Holstein zusätzlich angemessen unterstützt. Seit 2002 steht der Tiererschutz als Staatsziel im Grundgesetz, und die Tierheime leisten einen ganz konkreten und unschätzbaren Beitrag dazu. Die Tiere erhalten Nahrung, Pflege und Aufmerksamkeit, bis sie vermittelt werden können. ■



Jahresprogramm 2021 Schwerpunkt Die Welt mit Corona – die Welt nach Corona

In vielerlei Hinsicht ist unsere Gesellschaft zusammengerückt und hat ihre Kraft bewiesen. Aber an den Rändern zeigen sich Probleme. Manche Menschen suchen Zuflucht bei Verschwörungstheorien und einfachen, darunter auch rechtsextremen Antworten, sie verweigern die Rücksichtnahme auf andere, erklären die Pandemie zur *Lüge der Mächtigen*. Politisch, wirtschaftlich und kulturell werden viele Fragen aufgeworfen, die unsere Dozent*innen in ihre Seminarkonzepte übernommen haben.

Zur politischen Erwachsenenbildung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte am Kellersee gehört 2021 ein abwechslungsreiches Seminarprogramm. Neben dem genannten Schwerpunkt widmen wir uns der Frage „Was ist gerecht?“ und erinnern 150 Jahre danach an ein historisches Ereignis, die Deutsche Reichsgründung 1870/71.

Online-Seminare bieten wir für diejenigen an, die zu Hause bleiben, politische Bildung aber nicht missen möchten. Und in den Sommerferien wollen wir Müttern und Vätern mit einem Familienseminar Erwachsenenbildung ermöglichen, Kinder ab zwei Jahren werden während der Seminare betreut.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass sich die Menschen gerade in schwierigen und verunsichernden Zeiten politisch bilden möchten, um Antworten auf die momentanen Herausforderungen zu finden. Mit den von uns getroffenen Maßnahmen zum Abstandhalten und den Regeln zur Hygiene können sich alle in unserem Haus sicher fühlen. Ihr seid herzlich eingeladen, euch über unser neues Programm zu informieren.

Gleichzeitig befinden wir uns in schwierigem Fahrwasser. Uns sind viele Gasttagungen weggebrochen und aufgrund der Abstands- und Hygienemaßnahmen können wir unsere eigenen Seminare nicht in der gewohnten Stärke durchführen. Wir benötigen im kommenden Jahr jede Seminarbuchung und Gasttagung der SPD Kreisverbände, Ortvereine und der Fraktionen. Gasttagungen aller SPD Gliederungen erhalten 10 % Rabatt auf die Gesamtrechnung!

**Wir freuen uns darauf,
euch in diesem Jahr
in der Gustav-Heinemann-
Bildungsstätte
begrüßen zu dürfen!**

